

Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau am 02.01.2007 von Michael Schlecht, Ver.di

Steuergeschenke an die Konzerne sind der falsche Weg

Die Mehrwertsteuererhöhung belastet die Bevölkerung mit 30 Milliarden Euro. Zugleich sollen Unternehmen um schätzungsweise fünf Milliarden entlastet werden - der Gipfel der Ungerechtigkeit.

VON MICHAEL SCHLECHT

Wir wissen es. Finanzminister Steinbrück tut es leid, die Bevölkerung mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer zu belasten. So beteuert er immer wieder. 20 Milliarden Euro sind ja auch kein Pappentier. Auch würde er uns weitere Einschnitte nur schweren Herzens zumuten. Kürzung der Pendlerpauschale, Sparerfreibeträge ... alles zusammen 30 Milliarden Euro. Aber alles sei notwendig - so Steinbrück -, da die Staatsfinanzen marode seien. Haushaltskonsolidierung sei angesagt. Manch einer mag sich in diesen scheinbaren Sachzwang knurrend fügen.

Merkwürdig: Für neue Steuergeschenke an die Unternehmer ist Geld da! Fünf Milliarden soll die Unternehmenssteuerreform kosten. Nach offiziellen Schätzungen. Der Finanzminister präsentiert sie, ohne rot zu werden. Im Koalitionsvertrag hieß es noch, die Reform solle kostenneutral erfolgen.

Bei den fünf Milliarden Euro wird es nicht bleiben. Es gibt etliche ungeklärte Positionen und Luftbuchungen. Etwa dass die Reform dazu führen werde, dass vermehrt Gewinne in Deutschland versteuert werden - ein reiner Hoffnungswert. 3,5 Milliarden Euro sollen so "gegenfinanziert" werden. Nach Schätzungen des Steuerexperten Professor Jarass werden die Einnahmeverluste mindestens 10 Milliarden Euro im Jahr betragen. Die Hälfte der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung soll den Unternehmen geschenkt werden! Selten wird das Volk so offen an der Nase herumgeführt.

Dabei schwimmen die Konzerne im Geld. Und machen Milliardengewinne. Viele werfen ohne wirtschaftliche Not Tausende Beschäftigter auf die Straße. Und jetzt weitere massive Steuergeschenke? Von uns bezahlt?

Mehr Investitionen und Beschäftigung - das soll die Senkung der Unternehmensteuern bringen. 2001 hat Rot-Grün dieses Experiment schon einmal gemacht - und ist kräftig "auf die Nase gefallen". Damals war geplant, Konzernen und Aktiengesellschaften acht Milliarden Euro nachzulassen. Am Ende wurde daraus ein Geschenk von über 20 Milliarden! 2001 wurden überhaupt keine Steuern gezahlt. Im Gegenteil: Die Finanzbeamten zahlten 400 Millionen Euro an die Unternehmer. Sie müssen sich wie im Schlaraffenland gefühlt haben. Aber nicht für die Beschäftigten! Investitionen und Arbeitsplätze sind gleichwohl weiter zurückgegangen. Mindestens 50 Milliarden Steuereinnahmen sind seitdem verschenkt worden. Dafür sind die Gewinne umso stärker gewachsen!

Es ist abenteuerlich: Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Vorstellung, Steuersenkungen bewirkten Investitionen eine "Lebenslüge" ist. Was wird daraus gelernt? Nichts! Dem Volk wird der gleiche Unsinn erzählt! Die Unternehmensteuern sind angeblich hierzulande zu hoch, nicht wettbewerbsfähig. Ein Argument, dass für den Exportweltmeister vor besonderer Überzeugungskraft strotzt. Der theoretische Steuersatz liegt in Deutschland bei rund 39 Prozent. Nur Japan und die USA liegen darüber. Tatsächlich ist die Besteuerung jedoch löchriger als ein Schweizer Käse. Große Teile des Gewinns werden herausgerechnet und gar nicht besteuert. Deshalb ist der tatsächliche Steuersatz deutlich niedriger als der theoretische.

Nach Berechnungen von Professor Jarass fließen 16 Prozent der Gewinne der Konzerne dem Staat zu. Nach EU-Angaben sind es 20 Prozent. 16 bis 20 Prozent - das dürfte die realistische Spanne sein. Nicht einmal die Hälfte der theoretischen Steuerlast! Und: Ein international günstiger Steuersatz. Übrigens: Der Finanzminister weiß nicht, wie hoch die tatsächliche Steuerlast ist - er liebt Reformen im Blindflug.

Immer wieder wird behauptet, dass wir die Steuern senken müssten, weil der internationale Steuerwettbewerb uns dazu zwingt. Und die Globalisierung. National sei man der internationalen Konkurrenz hilflos ausgeliefert. Man sieht: Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Mit der jetzigen Steuerpolitik wird das internationale Steuerdumping angeheizt. Nicht Deutschland ist das Opfer, diese Regierung macht unser Land zum Täter.

Die Steuergeschenke der Vergangenheit sind der Grund für die Finanzmisere. Die fortwährenden Steuergeschenke, eingeleitet von Rot-Grün, zu beenden - das wäre der richtige Weg. Anstatt 30 Milliarden bei der breiten Bevölkerung einzukassieren. Läge die tatsächliche Besteuerung der Gewinne auf europäischem Niveau, erhielte der Finanzminister 20 Milliarden mehr. 100 000 Euro weniger als 1998 zahlt heute ein Einkommensmillionär. Würden die Steuergeschenke für Reiche gestrichen, wären zehn Milliarden mehr in der Staatskasse.

Auch die Steuerpolitik leistet einen Beitrag zur Verdrossenheit der Bürger. Sie ist mitverantwortlich, dass drei Viertel der Menschen die Republik für unsozial halten. Bedrohlich wird, dass immer mehr Zweifel an der Demokratie bekommen. Rot-Grün hat den Nährboden gelegt, Schwarz-Rot treibt die Ungerechtigkeiten auf die Spitze.